

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn c

## Inhalt

Professor Dr. Horst Ehmke  
MdB kommentiert die SDI-  
Früchte der Bundesregie-  
rung: Reifall SDI.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB sieht  
die deutsche Außenpolitik  
von Genscher mehr verwal-  
tet als gestaltet: Optimis-  
muskampagnen und Presse-  
arbeit kennzeichnen den  
„Genscherismus“ als Inbe-  
griff des Substanzverlustes.  
(Teil II)

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB  
zu Zimmermanns Organi-  
sationsvorstellungen: Der  
beleidigte Innenminister.

Seite 6

41. Jahrgang / 157

20. August 1986

### Reifall SDI

Die Amateure Kohl, Bangemann und Wörner haben auf Sand  
gebaut

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Langsam müßten es auch die letzten Hinterbänkler der Regierun-  
gskoalition gemerkt haben: das Märchen vom SDI-Sterntaler ist aus-  
geträumt, ehe es richtig begonnen hat.

Die SPD hatte aus außen-, sicherheits- und rüstungskontrollpoli-  
tischen Gründen vor einem SDI-Abkommen gewarnt und im übrigen  
auch die wirtschaftlichen Vorteile einer Industrie-Beteiligung in  
Zweifel gezogen. Dagegen lief die Kohl-Regierung von Anfang  
an dem amerikanischen Projekt nach.

Erinnern wir uns: Die außen- und wirtschaftspolitischen Ama-  
teure Kohl, Bangemann und Wörner befürworteten eine deutsche  
Industriebeteiligung am amerikanischen „Krieg-der-Sterne-Pro-  
gramm“, da angeblich nur so deutsche Wirtschaftsinteressen ge-  
wahrt und die Bundesrepublik an dem zu erwartenden Technolo-  
gieschub aus den USA beteiligt werden könnten.

Daß derartige Hoffnungen auf Sand gebaut waren, war schon  
zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der SDI-Vereinbarungen  
offensichtlich. Die Kohl-Regierung wollte das nur nicht wahr-  
haben. Durch taktische Ungeschicklichkeiten hatte sie sich so  
in Zugzwang gesetzt, daß sie schließlich unter ein dilettantisch  
ausgehandeltes Vertragswerk ihre Unterschrift setzte, nur um  
das Problem SDI rechtzeitig vor den Wahlen vom Tisch zu be-  
kommen.

Peinlich für Kohl und seine Helfer, daß jetzt noch vor der Bun-  
destagswahl die Wahrheit langsam ans Licht kommt: Geburts-  
helfer ist einmal mehr der amerikanische Kongreß, der nur das

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlich: Rudolf Schwinn  
mit verteilten Blättern  
Security-Paper



ausspricht, was die Mehrheit der Amerikaner schon lange weiß: SDI ist ein amerikanisches Projekt, um den in den letzten Jahren verlorengegangenen Boden der USA im Bereich von Hochtechnologie und Wettbewerbsfähigkeit wieder gutzumachen. Westeuropa und die Bundesrepublik werden - wie Japan - in diesem Zusammenhang von den Amerikanern als Konkurrenten angesehen.

Bereits im letzten Jahr mehrten sich daher die Stimmen, die vor dem Irrglauben warnten, mit einer Beteiligung an SDI ließen sich wesentliche Technologieschübe für unsere zivile Wirtschaft erreichen; sie wurden ignoriert. So beispielsweise Heinrich Vogel vom Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Bernd W. Kubik von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, das Progreß-Institut für Wirtschaftsforschung, Peter Wilke und Herbert Wulf vom IFSH, um nur einige Beispiele zu nennen.

Bundeskanzler Kohl wollte seinen Freunden Ronald Reagan und Caspar Weinberger nach dem Bitburg-Debakel halt einen Gefallen tun. Dabei übergang er Zweifel und Skepsis, die sogar in der ansonsten eher dem konservativen Lager zugeneigten deutschen Wirtschaft laut wurden.

Schon im Oktober 1985 hatte der DIHT-Präsident, Otto Wolf von Amerongen, in einem Interview mit den Stuttgarter Nachrichten betont, es gebe „überhaupt keinen Grund zur Panik und Hektik, aus Sorge um einen technologischen Rückstand gegenüber den USA und Japan neue Programme voranzutreiben“. Technischer Fortschritt käme von unten, von den Unternehmen.

Die gewiß nicht im Ruf einseitig ideologischer Fixierung stehende bundeseigene Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG) hat zu Beginn dieses Jahres in einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) auf der Grundlage sehr sorgfältiger Recherchen festgestellt, daß SDI forschungspolitisch nicht zu rechtfertigen sei. Mit einem unmittelbaren militärisch-zivilen Technologie-Transfer wäre nicht zu rechnen, nicht zuletzt deshalb, weil es für die neuen Technologien gar kein „ziviles Pendant“ gebe. Interessanterweise hat diese Studie, die 65 Datenbanken und 600 Literaturstellen auswertete, ihr Material in erster Linie aus US-Quellen bezogen, weil „aus der Bundesrepublik bemerkenswerterweise kein solches Material beigebracht werden konnte“.

Zu Recht fürchtete die deutsche Industrie auch Nachteile im Osthandel als Folge einer SDI-Beteiligung. In einem Interview mit der Neuen Presse Hannover warnte der DIHT-Geschäftsführer Franz Schoser zu Beginn dieses Jahres vor den amerikanischen Tendenzen zur Diskriminierung des Osthandels und riet Bundeswirtschaftsminister Bangemann zu einer Balance zwischen Wunsch und Wirklichkeit in Sachen SDI. Der Vorstandsvorsitzende von SIEMENS, Karl-Heinz Kaske, äußerte im April in München Kritik an einer SDI-Beteiligung, da SDI für die „technische Entwicklung nicht von entscheidender Bedeutung“ sei. Der Krieg, so Kaske, sei nicht der Vater aller Dinge. Der Chef der IBM Deutschland, Lothar Sparberg, schätzte das Volumen aus dem SDI-Programm für sein Unternehmen als „unbedeutend“ ein. „Das sind Erdnüsse, das können wir vergessen“, so Sparberg in weiser Voraussicht. Selbst Außenminister Genscher meinte damals vorbeugend, eine SDI-Beteiligung bringe voraussichtlich nicht mehr als 100 Millionen US-Dollar für die deutsche Industrie in den nächsten Jahren.

Umso peinlicher waren alle Beteiligten berührt, als die Bundesregierung trotz dieser warnenden Stimmen im April dieses Jahres auf Biegen und Brechen die SDI-Vereinbarungen unterzeichnete. Schamhaft hatte man mit den USA Vertraulichkeit vereinbart in der Hoffnung, die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik werde sich schnell wieder beruhigen. Peinlich für Kohl und Bangemann, daß die Veröffentlichung der Vereinbarungen dann die dilettantische Art offenbarte, mit der die Bundesregierung angeblich Interessen der deutschen Wirtschaft vertrat.

Dabei hätte schon das britische Beispiel die Bundesregierung warnen müssen. Sechs Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen London und Washington hatten sich die kritischen



Stimmen in der britischen Industrie verstärkt. Aufträge in Höhe von nur vier Millionen DM waren an die britische Industrie gegangen.

Aber auch andere Tendenzen hätten die Bundesregierung warnen müssen: seit Jahren sind die politisch motivierten Verfahrenshürden bekannt, die die USA in Sachen Technologie-Transfer und Wirtschaftskooperation aufgebaut haben: Verschärfung der COCOM-Regeln für den Osthandel (die die Bundesregierung in den SDI-Vereinbarungen nun selbst unterschrieben hat), „buy American“-Bestimmungen in den Pentagon-Direktiven (die - Gipfel der Ironie - in den SDI-Vereinbarungen ausdrücklich als Ausnahme von den vereinbarten Wettbewerbsregeln genannt wurden); Tendenzen, Ausländer von amerikanischen Fachkongressen fernzuhalten und die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen einzuschränken; verschärfte Bemühungen des Pentagon, die Industrie-Zusammenarbeit unter Kuratel zu stellen und die Geheimhaltungsbestimmungen zu verschärfen (auch diese Politik ist voll in die SDI-Vereinbarungen eingeflossen); vor allem aber die Protektionismus-Tendenzen im amerikanischen Kongreß, die in der jetzt getroffenen Entscheidung in Sachen SDI ein klares und erwartetes Signal gesetzt haben.

Kein Wunder, daß inzwischen in der deutschen Industrie die Ernüchterung über den SDI-Sternfallerfolg noch zugenommen hat. Ein paar Millionen-Aufträge sind eingegangen - „Erdnüsse“, wie IBM-Chef Sparberg sagen würde. Das große Geschäft ist - wie vorauszusehen war - ausgeblieben. Caspar Weinberger und Richard Perle können sich die Hände reiben: sie haben mit der deutschen Unterstützung ihr Ziel erreicht, die Westeuropäer in Sachen SDI zu spalten, und können im amerikanischen Kongreß auf die Unterstützung wichtiger Verbündeter für ihr selbst in den USA so umstrittenes „Kriegder-Sterne-Programm“ verweisen. Im gleichen Arbeitsgang haben sie die offensichtlich total überforderte Bundesregierung noch enger an die COCOM-Kette gelegt.

Wenn jetzt der Kongreß die SDI-Gelder ausschließlich in die amerikanische Wirtschaft lenkt, können sie ihre Hände in Unschuld waschen: an ihnen hat es ja nicht gelegen.

An dieser Polit-Posse trägt - zum Nachteil der deutschen Wirtschaft - die FDP nicht nur mit ihrem Vorsitzenden Bangemann, sondern auch mit ihrem Hans-Dietrich Genscher, der seiner Verantwortung als Außenminister einmal mehr nicht nachgekommen ist, entscheidende Mitverantwortung. Umso grotesker muß der Versuch wirken, jetzt den Eindruck zu erwecken, als ob es Union und FDP schon immer besser gewußt hätten: die in Wendemanövern geübte Bundesregierung läßt jetzt durch den Abgeordneten Rühle verkündigen, die Skepsis im Regierungslager gegen SDI sei durch die jüngsten Entwicklungen bestätigt worden. Ganz offensichtlich will man sich vor dem beginnenden Wahlkampf von dem politischen Scherbenhaufen absetzen, den die Kohl-Bangemann-Regierung in Sachen SDI angerichtet hat.

(-/20.8.1986/st/ks)

\* \* \*

Genscherismus (Teil II und Schluß)

Der Erfinder der Wende ist zu ihrem Opfer geworden

Von Karsten D. Voigt MdB

Obrmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

- **Chemische Waffen:** Seit Jahren spricht Genscher von einem unmittelbar bevorstehenden Abkommen über eine weltweite Ächtung chemischer Waffen. Jetzt versucht er den Eindruck zu erwecken, die Welt stehe bis Ende des Jahres vor dem Abschluß eines weltweiten Verbotes von chemischen Waffen. Bei dem nächsten Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow, so wird suggeriert, werde ein entsprechendes Abkommen erreicht werden.

Fakt aber bleibt: Zentrale Fragen eines solchen weltweiten Verbotes chemischer Waffen wie zum Beispiel der Verifikationskomplex sind nach wie vor ungeklärt. Die Bundesregierung hat die Aufnahme der Produktion neuer chemischer Kampfstoffe durch die USA ermöglicht. Daß die Bundesregierung regionale Abkommen über chemiewaffenfreie Zonen mit dem Hinweis auf einen angeblich unmittelbar bevorstehenden Abschluß eines Abkommens über eine weltweite Ächtung chemischer Waffen ablehnt, macht die Position des Bundesaußenministers nicht glaubwürdiger.

- **Abrüstung:** Bereits vor den Bundestagswahlen im Jahre 1983 verbreitete Genscher die Hoffnung auf einen Durchbruch in Genf. Die Hoffnung auf einen Durchbruch reduzierte er dann auf eine Hoffnung auf ein Zwischenabkommen vor den im Jahre 1983 bevorstehenden Bundestagswahlen. Dieser damals von ihm wahltaktisch instrumentalisierte abrüstungspolitische Optimismus wiederholt sich vor den bevorstehenden Bundestagswahlen. Der mühsam, von Rück- und Fehlschlägen gekennzeichnete Dialog zwischen Washington und Moskau im zurückliegenden Jahr hat den Bundesaußenminister immer wieder zu euphorischen Perspektiven veranlaßt. Im September 1985 wird das Treffen Shultz-Schewadnaze als „konzeptioneller Durchbruch“ eingestuft. Im Oktober 1985, nach der Konsultation in Washington, verbreitete der Bundesaußenminister große Hoffnung und unbegrenzten Optimismus über das anstehende Gipfeltreffen Reagan-Gorbatschow und seine möglichen Ergebnisse. In den nachfolgenden Genfer Verhandlungen zu Beginn des Jahres 1986 sieht der Bundesaußenminister sofort konstruktive Ansätze. Auf der UNO-Abrüstungskonferenz im Juni 1986 verbreitet der Bundesaußenminister unverhohlenen Optimismus über angeblich unmittelbar bevorstehende Ergebnisse im Abrüstungsdialog.

Fakt aber bleibt: Trotz der Gespräche zwischen Washington und Moskau ist dem Dialog zwischen beiden nuklearen Weltmächten bis heute bisher kein einziges Abrüstungsabkommen gefolgt.



Auch die jüngsten Reisen des Bundesaußenministers nach Moskau und Washington wurden von ihm genutzt, um den irrtümlichen Eindruck zu erwecken, weil Genscher gereist sei, habe er abrüstungspolitisch etwas in der Sache bewegt. Obwohl auch Genscher zugestehen muß, daß die „neu aufgeschlagene Seite“ im Buch der deutsch-sowjetischen Beziehungen erst noch geschrieben werden muß, feiert er seinen Besuch in Moskau als außenpolitischen Durchbruch.

Dies ist inzwischen typisch für Genschers Außenpolitik geworden: Der Prozeß ist zur Substanz geworden. Der abrüstungspolitische Dialog ist alles, das Ziel der Abrüstung nichts. Kein Wunder, daß weit über den Kreis der Friedensbewegung hinaus die Zweifel an dieser Art der Abrüstungsdiplomatie zunehmen.

Der Versuch von Hans-Dietrich Genscher, die Kontinuität der sozialliberalen Außenpolitik in die Koalition mit der CDU/CSU hinüberzuretten, ist gescheitert. Der Erfinder der Wende ist zum Opfer der Wende geworden. Aber Politiker, bei denen die formale Betriebsamkeit an die Stelle wertorientierter Programmatik getreten ist, geht auch ihre letzte substantielle Fähigkeit, nämlich die zur tragischen Figur, abhanden. Die FDP ist zu stark von taktischen Erwägungen bestimmt und viel zu sehr an die Union gekettet als daß sie im Gegensatz zu ihren wahltaktisch bestimmten Profilierungsversuchen überhaupt in der Lage wäre, sich aus der Koalition und von der Union zu befreien. Drohungen mit einem Bruch der Koalition bei einem Herausdrängen Genschers aus der Regierung, wie sie aus der FDP laut wurden, sind nicht mehr als wahltaktischer Bluff. Aus sozialdemokratischer Sicht ist Genscher dann zu unterstützen, wenn er die Kontinuität sozialdemokratischer Politik in der Sache vollzieht, nicht aber dann, wenn er dies nur aus wahltaktischen Gründen zur Profilierung gegenüber den Drohungen aus Bayern angekündigt und es bei Ankündigungen beläßt.

Bundesaußenminister Genscher und die FDP insgesamt besitzen viel zu wenig politisches Rückgrat, um wegen Fragen der Friedens- und Abrüstungspolitik die Koalition mit den Unions-Parteien auf's Spiel zu setzen. Insofern nutzt Genscher die Angriffe von Strauß als kalkulierten Konflikt, um ein Profil vorzutäuschen, das ihm tatsächlich im Vollzug seiner Außenpolitik in den vergangenen Jahren im wachsenden Maße abhanden gekommen ist.

(-/20.8.1986/st/ks)

\* \* \*



Der beleidigte Innenminister

Zimmermanns eigentümliche Organisationsvorstellungen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Der Innenminister ist auch (noch) für den öffentlichen Dienst und die Verwaltungsorganisation zuständig. Er hat diesen Bereich unter dem Etikett der Entbürokratisierung seinem Staatssekretär Waffenschmidt als Spielwiese überlassen, der eifrig neue Gremien und Kommissionen einrichtet und zur Verwaltungsvereinfachung erst mal viel Papier produziert.

Mit unter der Rubrik „Abbau von Doppelzuständigkeiten“ und Vereinfachung wird von der Bundesregierung der Abbau von Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern propagiert, der beispielsweise dem Bauminister die politische Existenzgrundlage entzieht.

Diesen selbsthergestellten Zusammenhang zwischen dem Abbau der mischfinanzierten Gemeinschaftsaufgaben und der Organisation der Bundesregierung und der Abgrenzung ihrer Ressorts mag der Innenminister neuerdings nicht mehr sehen, es seien „gesonderte Problembereiche“.

Das ist völlig unverständlich: denn was sollen ein Bildungs- und ein Bauministerium, wenn deren Aufgaben die Länder übernehmen?

Verständlich wird die neue Haltung des Innenministeriums, wenn man den letzten Satz seiner diesbezüglichen Stellungnahme liest: „Über Anzahl und Geschäftsbereiche der Bundesminister entscheidet der Bundeskanzler nach eigenem Ermessen.“

Man muß zwischen den Zeilen dazu lesen: unabhängig von sachlichen Erfordernissen und dem Bemühen um Vereinfachung und Entbürokratisierung.

Zimmermann weiß, wovon er da redet. Er hat dieses „eigene Ermessen“ schon gespürt und ist halt immer noch beleidigt.

(-/20.8.1986/st/ks)

\* \* \*

